

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Carsten Ovens,  
Dennis Gladiator, Stephan Gamm (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Den Stau schon vor den Stadttoren stoppen – Senat muss einen „Pakt für P+R und Pendeln“ in der Metropolregion schmieden**

Hamburg ist das Herz einer Metropolregion mit über 5 Millionen Einwohnern. Die Straßen und Schienenwege von, durch und nach Hamburg sind die Lebensadern für das wirtschaftliche und das öffentliche Leben in diesem pulsierenden Ballungsgebiet. Allerdings hat die Straßeninfrastruktur vielerorts ihre Kapazitätsgrenzen erreicht und zum Teil, insbesondere zu den Stoßzeiten, bereits weit überschritten. Die „Staustadt Hamburg“ wächst seit Jahren unaufhaltsam. Ein Stauinfarkt jagt den nächsten und das in immer kürzeren Abständen. Laut der vom ADAC veröffentlichten „Staubilanz 2017“ hat sich alleine die Situation auf Hamburgs Autobahnen im vergangenen Jahr erneut dramatisch verschlechtert. So ist die Gesamtstaulänge von 27.807 Kilometern im Jahr 2016 um rund 14 Prozent auf 31.630 Kilometer angewachsen. Gegenüber 2015 (24.243 Kilometer) ist es sogar ein Anstieg um 30 Prozent. Analog dazu stieg auch die Gesamtstaudauer von 9.382 Stautunden (2015) über 10.672 Stautunden (2016) auf 11.768 Stautunden im vergangenen Jahr (+25 Prozent gegenüber 2015). Hamburg ist damit, gemessen an den Autobahnkilometern, amtierender „Deutscher Staumeister“.

Die Suche nach intelligenten wie pragmatischen Lösungen zur besseren Lenkung der Pendlerströme zwischen der Innenstadt, den Randgebieten sowie dem Umland ist daher eine der wichtigsten verkehrspolitischen Zukunftsaufgaben überhaupt für unsere Stadt. Mit Drs. 21/12601 hat sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion daher dafür eingesetzt, den HVV-Tarifring C auf Buchholz, Buxtehude und Winsen auszuweiten und so gezielt Pendlern aus dem Hamburger Süden die „Öffis“ schmackhaft zu machen. Der Antrag wurde von SPD und GRÜNEN bei der Beratung im Verkehrsausschuss am 25. Mai 2018 aus politischen Gründen abgelehnt. Das Hauptargument aus den Reihen der GRÜNEN-Bürgerschaftsfraktion war hierbei, dass eine solche Verbesserung „nur“ den Menschen in Niedersachsen nützen würde, nicht aber den Menschen in Hamburg.

Diese Kleinstaaterei und Nabelschau sind einer stets über den Tellerrand schauenden Hansestadt wie Hamburg nicht würdig. Es reicht nicht aus, sich aktuell für historisch gute Steuereinnahmen feiern zu lassen, wenn diese aber aus einer Wertschöpfung resultieren, die zu einem erheblichen Teil auf der Arbeit von Menschen beruht, die aus dem Umland in die Stadt pendeln. Denn diesen positiven Effekten des Zusammenlebens in der Metropolregion stehen die negativen Effekte wie beispielsweise die extreme Zunahme des Staulevels gegenüber. Daher liegt es im ureigenen Interesse Hamburgs, das Pendeln aus dem Umland mit den „Öffis“ aktiv zu unterstützen, statt darauf zu setzen, dass die Umlandgemeinden dies freundlicherweise aus eigener Tasche zum Wohle Hamburgs miterledigen. Diese Rechnung geht erkennbar nicht auf. Während nämlich die Gesamtstaulänge, wie oben beschrieben, zuletzt innerhalb nur eines Jahres um satte 14 Prozent gestiegen ist, ist die Zahl der Park-and-Ride(P+R)-Parkplätze im Einzugsgebiet des HVV außerhalb Hamburgs zwischen Oktober 2016 (Drs. 21/5888) und Februar 2018 (Drs. 21/11956) lediglich um 6,2 Prozent gestiegen (von 13.693 auf 14.545).

Der Senat muss daher seiner Verantwortung gerecht werden und die Umlandgemeinden beim Ausbau der P+R-Kapazitäten aktiv unterstützen. Aus Hamburger Sicht wäre es mehr als wünschenswert, die Zahl der P+R-Stellplätze im Umland auf mindestens 25.000 zu erhöhen. Bei diesem ambitionierten Ausbauziel darf der Senat die Umlandgemeinden und betroffenen Bundesländer aber nicht alleine im Regen stehen lassen, sondern muss einen nennenswerten finanziellen Eigenbeitrag leisten. Zudem muss im engen Schulterschluss mit den Umlandgemeinden und den betroffenen Bundesländern geprüft werden, ob, und wenn ja, wie durch eine gemeinsame Initiative Fördermittel des Bundes hierfür beantragt und eingesetzt werden können.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. aktiv auf die Umlandgemeinden und die betroffenen Landesregierungen mit dem Ziel zuzugehen, die Zahl der P+R-Stellplätze im Einzugsgebiet des HVV außerhalb Hamburg bis Ende des Jahres 2020 auf mindestens 25.000 zu erhöhen.
2. eine Studie zur Ermittlung des hierfür benötigten Finanzbedarfs in Auftrag zu geben und dem zuständigen Ausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst 2018 hierüber zu berichten.
3. im Aufgabenbereich 269 „Verkehr und Straßenwesen“ des Einzelplans 7 der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) für die Jahre 2019/2020 entsprechende Mittel vorzusehen, um einen nennenswerten finanziellen Eigenbeitrag zum Ausbau der P+R-Kapazitäten im Umland bis Ende 2020 leisten zu können.
4. zu prüfen, inwiefern gemeinsam mit den Umlandgemeinden und den betroffenen Bundesländern eine Förderung aus Bundesgeldern beantragt werden kann und in Abhängigkeit vom Prüfergebnis gegebenenfalls eine entsprechende Förderung zu beantragen.